

FREIBURG

www.badische-zeitung.de/freiburg

Mail-Marketing mit Gütesiegel

Der Freiburger E-Mail-Marketingspezialist „Inxmail“ hat zum zweiten Mal das Gütesiegel „Top 100“ erhalten. *Seite 22*

Mauern aus dem 12. Jahrhundert

Das Freiburger „Ratsstübli“ und die Nachbargebäude stehen auf bedeutsamem Terrain und sollten saniert werden. *Seite 23*

Stadt steht zum Tras

Die Stadt Freiburg bleibt Mitglied im Trinationalen Atomschutzverband gegen das Atomkraftwerk Fessenheim. *Seite 24*

Das Internet kennt keine Grenzen

BZ-Serie Samstagsuni: Wenn es um Online-Durchsuchung geht, ist der Freiburger Jurist Ulrich Sieber gefragt. *Seite 26*



SOMMER-STILLEBEN: Gerne würden wir an dieser Stelle ein Bild der bisherigen Woche zeigen, auf dem glücklich schwitzende Menschen Eis essen, Sonnencreme auftragen und in den Parkanlagen liegen, um braun zu werden, aber ach ... FOTO: INGO SCHNEIDER

San Francisco will von Freiburg lernen

Intersolar in den USA gestartet

Die Intersolar North America ist am Dienstag in San Francisco eröffnet worden. Die Messe, die von der Freiburger Wirtschaft Touristik und Messe (FWTM) mit ausgerichtet wird, boomt: Im Vergleich zur Premiere im Vorjahr hat sich die Zahl der Aussteller mehr als verdoppelt. Am Eröffnungstag der Solarmesse im Moscone Center kam es auch zu einem Treffen von Gavin Newsom, dem Bürgermeister von San Francisco, mit seinem Freiburger Amtskollegen Dieter Salomon. Der 41 Jahre alte Newsom will San Francisco zum führenden amerikanischen Solarstandort ausbauen und dabei auch auf Freiburger Erfahrungen und Fachwissen bauen, sagt er Salomon. Der Freiburger OB berichtete gestern vom großen Andrang auf der Messe.

Auf 25 000 Quadratmetern des „Moscone Center“ präsentieren noch bis morgen 500 Fachfirmen solare Produkte, Verfahren und Forschungsergebnisse, darunter auch das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme aus Freiburg. Zur Delegation, die aus Deutschland nach Kalifornien geflogen ist, zählen auch Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Ernst Pfister und der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler. Das Auswärtige Amt, das Land Baden-Württemberg und die „Green City“ Freiburg haben Spitzenvertreter aus Politik und Wirtschaft aus Deutschland und den USA zu einem gemeinsamen Empfang eingeladen.

Die Intersolar fand 2000 zum ersten Mal in Freiburg statt und wuchs in nur sieben Jahren zu einer der weltweit größten Fachmessen für Solartechnologie. 2008 zog die Messe nach München um, wird jedoch auch am neuen Standort weiterhin organisiert als „Intersolar Freiburg“ von der FWTM und der „Solarpromotion“ Pforzheim. Ebenfalls 2008 konnte sich die „Intersolar“ zum ersten Mal auf dem amerikanischen Markt behaupten. *rw*

Ideen gefragt: Was kann Freiburg von San Francisco lernen? Mehr oder weniger ernst gemeinte Vorschläge auf www.badische-zeitung.de/freiburg

Ein Outing und seine Folgen

Freiburger autonome Antifa outet NPD-Kreisvorsitzenden – und der löst den Kreisverband auf

VON UNSEREM REDAKTEUR UWE MAUCH

Die autonomen Antifaschisten (Antifa) haben den Vorsitzenden der Freiburger NPD geoutet. Im Internet und auf Flugblättern veröffentlichten sie seinen Namen, Fotos und intime Details. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen gegen Unbekannt aufgenommen, weil dieses Vorgehen gegen mehrere Rechtsvorschriften verstoße. Die Antifa dagegen begreift Outing als Mittel im Kampf gegen Rechtsradikale, das zwar nicht legal, aber legitim sei. In Freiburg ist es offensichtlich erfolgreich: Der NPD-Kreisvorstand hat sich wegen der Angriffe selbst aufgelöst.

Die Antifa agiert anonym und im Kollektiv. Für die Veröffentlichungen gibt es keinen „Verantwortlichen im Sinne des Presserechts“. Die Nazis, sagt ein Antifa-Vertreter, hätten es auf die linke Szene abgesehen, planten Anschläge auf das linke Kulturzentrum KTS und das alternative Grether-Gelände. Sie seien bewaffnet und hätten bereits Autoreifen zerstochen. Es sei zu riskant, den eigenen Namen zu nennen.

Nun hat die unbekannt Gruppe den Vorsitzenden der rechtsradikalen NPD in Freiburg in die Öffentlichkeit gezogen. Fotos zeigen den 39-Jährigen in der Nähe seiner Wohnung, der Name seiner Frau wird ebenso publiziert wie Adresse und Telefonnummer, sein Arbeitgeber und sein Fitness-Club, sein Gehalt und seine Miete, das Autokennzeichen und sein Bausparvertrag.

Mehrere Jahre Recherche seien dem Outing vorausgegangen, sagt der Antifa-Vertreter. Und es ist die Arbeit einer ganzen Gruppe, die sich immer wieder per E-Mail abspricht und Fakten abklopft. Eine Mischung aus Agenten, Journalisten und Paparazzi. Sie verpassen sich eine Tarnung, um im Internet zunächst Kontakt herzustellen und später Vertrauen aufzubauen. „Social Engineering“ heißt das und basiert auf dem Ausnutzen menschlicher Schwachstellen. Ob die Antifa auch Computer gehackt hat, lässt der anonym agierende Antifa-Informant offen. „Es ge-

hört zu unserem Prinzip, niemals Quellen zu nennen.“

Outing sei ein vergleichsweise harmloses Mittel im Kampf gegen Rechts, meint der Antifa-Vertreter. Doch leichtfertig werde das keinesfalls angewandt. Der Freiburger NPD-Vorsitzende habe sich in rechtsradikalen Internetforen als Rassist hervorgetan, der nationalsozialistisches Gedankengut verbreite. Allerdings, räumt die Antifa ein, habe er in Freiburg wenig gemacht, aber das kontinuierlich.

Der NPD-Vorsitzende selbst will über Parteiinterna nicht reden, schon gar nicht, wie viele Mitglieder sein Kreisverband überhaupt hat. Dass er und seine Geistesbrüder nicht mit Namen in die Öffentlichkeit gehen, begründet er mit der Furcht vor der Antifa: „Wir müssen mit tätlichen Angriffen rechnen.“ Die Enttarnung sei „sehr unangenehm“, sagt der 39-Jährige, „das ist auch eine Bedrohungssituation für meine Frau“. Fast 40 Jahre lang habe er im Stadtteil Herdern gelebt und nie Ärger gehabt. Feige sei die Antifa, die ihn aus der Anonymität heraus mit falschen Daten und Halbwahrheiten

an den Pranger stelle. Er hat Konsequenzen gezogen und den Kreisvorstand aufgelöst, der vermutlich identisch ist mit dem ganzen Kreisverband. Als er das auf einer Homepage bekanntgab, hagelte es Kritik aus der rechtsradikalen Szene, die ihn in Internetforen als „Weichei“ titulierte. Der NPD-Landesverband hat die Homepage inzwischen vom Netz genommen und eine eigene Erklärung nachgeschoben: Danach habe sich der Funktionär „aus rein familiären Gründen aus dem Kampf um ein besseres Deutschland zurückgezogen“. Seine Erklärung sei unverhältnismäßig, „weil der antideutsche Feind vonseiten der NPD keine besondere Aufmerksamkeit bekommen sollte“.

Inzwischen befasst sich auch der Verfassungsschutz mit Outing

Outing ist ein Phänomen, das inzwischen auch den Verfassungsschutz des Landes beschäftigt. So ein Vorgehen gibt es nicht nur in Freiburg, sondern auch in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg. Zwar stehe die Enttarnung im Vordergrund, doch geht es nach Einschätzung des Verfassungsschutzes auch darum, die Bevölkerung zu mobilisieren und dadurch „bürgerliche Kreise auf subtile Weise für linksextremistische Ziele zu instrumentalisieren“, heißt es in einem internen Papier. Extremismus zu bekämpfen, sei ein legitimes Ziel. Doch heilige nicht der Zweck die Mittel. „Auch und gerade bei der Extremismusbekämpfung dürfen Recht und Gesetz nicht ausgehebelt werden.“

Das sieht auch die Staatsanwaltschaft so und hat im aktuellen Fall ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Laut Behördensprecher Wolfgang Maier kommen gleich mehrere Straftatbestände in Betracht: Verstoße gegen das Datenschutzgesetz (Verbreiten von Daten in Schädigungsabsicht), Stalking, öffentliche Aufforderung zu Straftaten, Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen sowie Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz (Recht am eigenen Bild). Doch erfahrungsgemäß sind die Chancen minimal, einen Tatverdächtigen zu ermitteln: dank der Anonymität der Antifa-Aktivisten. *„Münstereck“*



Agieren anonym: Antifaschisten bei der Anti-Nato-Demo FOTO: SCHNEIDER

MÜNSTERECK

Outing durch die Antifa
Eine Art von Selbstjustiz

Man muss kein Mitleid haben mit einem NPD-Funktionär, der geoutet wird, weil er in Hinterzimmern und im weltweiten Netz menschenverachtende Hetze betreibt. Doch gilt in einem Rechtsstaat, dass auch solche Widerwärtigkeiten im Rahmen der Gesetze bekämpft werden. Es ist das Verdienst der Autonomen Antifaschisten, dass sie akribisch alle rechtsextremen Umtriebe in Freiburg beobachten. Es spricht auch nichts dagegen, dass sie deren Protagonisten benennen. Wer politisch aktiv ist – und sei es als Wirrkopf –, muss das aushalten. Doch die Art und Weise, wie die Antifa den Freiburger NPD-Vorsitzenden bloßstellt, erinnert an den mittelalterlichen Pranger. Gehalt, Bausparvertrag oder Automarke einer Person haben nichts mit politischer Auseinandersetzung zu tun. Der Antifa geht es bei ihrem Outing vielmehr um Abschreckung; um zu demonstrieren, dass sie die Möglichkeiten anderer einzudringen. Im vermeintlich gerechten Kampf gegen das Böse ist den vermeintlich Guten so ziemlich jedes Mittel recht. Und der Maßstab dafür ist nicht das Gesetz, sondern die Antifa. Das ist der heikle Punkt. Denn daraus resultiert eine Form der Selbstjustiz, die nicht akzeptabel ist – zumal sich die Antifa, anders als Politik, Polizei und Gerichte, jeder öffentlichen Kontrolle entzieht, also ihrem Wesen nach undemokratisch ist. Die Freiburger Antifa verkündet das Outing zur Aufklärung. Man kann es aber auch Willkür nennen – auch wenn es in diesem Fall nicht den Falschen trifft. *Uwe Mauch*

Geldsegen fürs Keidel-Bad

2,5 Millionen Euro vom Land

Freudige Nachricht für das Eugen-Keidel-Bad: Der Wirtschaftsausschuss des baden-württembergischen Landtags hat gestern entschieden, dem Mineral-Thermalbad für die dringend notwendige Sanierung 2,5 Millionen Euro aus dem Sonderprogramm „Nachhaltige Tourismusinfrastruktur“ zukommen zu lassen. Der Entschluss zugunsten der Freizeitattraktion fiel im Ausschuss einstimmig.

Bereits seit längerem stand fest, dass das 1979 eröffnete Keidel-Bad im Freiburger Mooswald, das von der Stadtbau-Tochter Freiburger Kommunalbauten (FKB) betrieben wird, aufwändig – vor allem energetisch – saniert werden muss. So wird die komplette Außenfassade inklusive der Dächer für 3,2 Millionen Euro gedämmt und umgestaltet. 2,5 Millionen werden in neue Heizungs-, Lüftungs- und Wasseraufbereitungsanlagen investiert; hinzu kommt die Instandsetzung der Becken und Fliesen im Innenbereich. Insgesamt kostet die Sanierung, die in diesem und im kommenden Jahr bei laufendem Badebetrieb über die Bühne gehen soll, 9,1 Millionen Euro. Künftig werden 40 Prozent an Energie eingespart, der CO₂-Ausstoß wird um 38 Prozent reduziert. „Wir sind überglücklich“, freute sich Stadtbau-Geschäftsführer Ralf Klausmann gestern über die Nachricht aus Stuttgart. *fz*